Protokoll

Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 23.01.2024
Raum, Ort:	Konferenz- und Schulungszentrum, Werner-Nordmeyer-Str. 13, 31226 Peine
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:20 Uhr

Anwesende:

Vorsitz

Herr Thomas Kirchmann

Vertretung für: Herrn Maik Meyer

Mitglieder

Herr Dr. Christof Klinke

Vertretung für: Herrn Rainer Röcken

Herr Maik Burgdorf

Herr Frank Hildebrandt

Herr Robin Samtlebe

Herr Carsten Lauenstein

Herr Julius Nießen

Herr Christian Falk

Frau Stefanie Weigand

Grundmandat

Herr Niwes Huy

Frau Birgit Reimers

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Carina Dohmeier

ab 17:15 Uhr

Herr Harald Hebisch

Herr Ulrich Steckel

Frau Angela Denecke

Frau Heike Horrmann-Brandt

Frau Bettina Mai

Vertretung für: Frau Dorit Lonnemann

Beratende Mitglieder

Frau Ingeborg Will

Herr Maik Zilling

Herr Axel Brandis
Frau Janine Schouten
Frau Anja Stephan
Frau Iris Stuke

Stellvertretende Mitglieder

Frau Prof. Dr. Andrea Friedrich

Protokollführung

Frau Isabell Sorge

Verwaltung

Frau Stefanie Richert

Entschuldigte:

Vorsitz

Herr Maik Meyer fehlt entschuldigt

Mitglieder

Herr Rainer Röcken fehlt entschuldigt

Grundmandat

Herr Karl-Heinrich Belte fehlt unentschuldigt

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Dorit Lonnemann fehlt entschuldigt

Beratende Mitglieder

Herr Christian Gebers fehlt entschuldigt

Frau Heike Mika fehlt unentschuldigt

Frau Kathinka Plett fehlt entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.11.2023
- 4 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 5 Kinder und Jugendliche in vorherigen und aktuellen Krisen
- 6 Inklusive Bildungslandschaft im Landkreis Peine
- 7 Inobhutnahmenentwicklung und unbegleitete minderjährige Ausländer/innen
- 8 Vorstellung des Kreiselternrats von Kitas, Tagespflegepersonen
- 9 Informationen der Verwaltung
- 10 Anfragen und Anregungen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr KTA Kirchmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Der Ausschuss stimmt einstimmig zu, dass Herr KTA Kirchmann den Vorsitz für die heutige Sitzung übernimmt.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung werden festgestellt.

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.11.2023

Beschluss: Das Protokoll wird mehrheitlich genehmigt.

Herr KTA Lauenstein merkt an, dass das Konzept der „Inklusiven Bildungslandschaften“ eigentlich zuerst dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt werden sollte, dies sei aus seiner Sicht jedoch nicht geschehen.

4 . Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden keine Wortmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern eingebracht.

5 . Kinder und Jugendliche in vorherigen und aktuellen Krisen

Frau Denecke merkt an, dass der vorherige Tagesordnungspunkt „Kinder und Jugendliche in und nach Corona“ aus ihrer Sicht die bessere Benennung gehabt hätte. Sie berichtet außerdem von weiteren Finanzierungsmöglichkeiten, durch welche die Caritas in der Lage sei, das Thema „Corona-Krise“ weiterhin mit Familien und Kindern thematisieren zu können.

Herr Hebisch möchte auf die aktuellen Krisen in der politischen Landschaft hinweisen. Die jungen Menschen und auch die Vereine/Verbände haben auf verschiedenen Demonstrationen in den letzten Wochen „Flagge“ gezeigt und sich eingesetzt.

Auch Herr Steckel weist auf Bildungslücken, die während der Corona-Pandemie entstanden sind, hin. Diese Bildungslücken müssten nun zum Beispiel durch Nachhilfe aufgearbeitet werden.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen festgestellt.

6 . Inklusive Bildungslandschaft im Landkreis Peine Vorlage: 2024/003

Herr Zilling berichtet, dass nach dem Auftrag des Kreistages zur Verbindung der Rechtskreise Schule, Sozialhilfe und Jugendhilfe im Rahmen der Inklusiven Bildungslandschaften am 08.12.2023 eine Kooperationsvereinbarung mit dem RLSB geschlossen werden konnte. Diese sei allgemeingültig und ermögliche somit eine Kooperation mit allen Schulformen im Landkreis Peine für die nächsten sechs Jahre, auch außerhalb des „TEL“-Konzeptes (Teilhabe- und EntwicklungsLotse).

Das „TEL“-Konzept wurde an drei Grundschulen vorgestellt und angenommen. Die vierte Schule (Südstadt-Schule) nimmt nicht an dem Projekt teil. Soweit gewünscht, ist eine spätere Teilnahme dieser Schule aber möglich.

Am 01.02.2024 startet die Maßnahme „TEL“. Die Fachkräfte sollen zunächst einmal an den Schulen ankommen und sowohl das Lehrpersonal als auch die jungen Menschen kennenlernen. Der Echtbetrieb soll dann ab dem Schuljahr 2024/25 mit einem Umfang von 20 Fachleistungsstunden pro Monat als Pool beginnen. Hier müsse man flexibel arbeiten und bei Bedarf noch Fachleistungsstunden nachsteuern, sollte ein Mehrbedarf festgestellt werden. Auf Nachfrage von Herrn KTA Lauenstein verweist Herr Zilling auf die Ausschreibungsfrist

der Evaluation bis zum 26.01.2024. Mit einer Zusage gegenüber dem Zuschlagsgewinner sei ungefähr Anfang März zu rechnen. Weiterhin sei auch das Konzept nicht abschließend fertiggestellt, sodass die Erfahrungen aus der Kennenlernphase ab dem 01.02.2024 bis zum Sommer 2024 in das Konzept einfließen können. Hierüber wird der Jugendhilfeausschuss natürlich umfassend und laufend informiert werden.

Die Finanzierung des Projektes laufe über § 27 Abs. 2 SGB VIII, da die TEL-Kräfte im Rahmen der Bedarfsermittlung, d.h. auf Bedarfsmeldung der Schule, arbeiten. Auf Nachfrage von Herrn KTA Lauenstein erörtert Herr Zilling die Validität der Daten zur Evaluation aufgrund der Teilnahme verschiedener Schulen und mit verschiedenen demografischen Bedarfen. Eine hohe Vergleichbarkeit sichergestellt.

Laut Anmerkung von Frau Denecke sei das in der Informationsvorlage angegebene Produktsachkonto falsch angegeben. Diese Korrektur wird aufgenommen.

Anmerkung der Protokollführung: Die Aufwendungen sind im Produkt 3633 - § 27 Hilfe zur Erziehung ambulant ausgewiesen.

Es werden keine weiteren Fragen oder Anmerkungen festgestellt.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

7. Inobhutnahmenentwicklung und unbegleitete minderjährige Ausländer/innen

Vorlage: 2024/004

Herr Zilling berichtet von der aktuell schwierigen Situation im Bereich der Inobhutnahmen und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA's). Das Systemversagen innerhalb der Jugendhilfe sei mehr als je zuvor spürbar, die prekäre weltpolitische Lage verschlimmere den Platzmangel zunehmend. Insgesamt befänden sich Stand Dezember 2023 insgesamt 57 UMA's in stationärer Unterbringung, darunter sowohl in Maßnahmen nach § 34 SGB VIII als auch in Inobhutnahmen nach § 42 und § 42a SGB VIII. Weiter seien aktuell zwischen vier und sechs UMA's im Hotel untergebracht. Eine rechtskonforme Unterbringung sei kaum umsetzbar. Analog zum Hotel konnte nun ein sog. Bed & Breakfast mit sechs weiteren Plätzen zur Notversorgung angemietet werden. Die Anmietung erfolgt zunächst bis zum Sommer 2024.

Das Hotel soll zukünftig zur ersten Bedarfsfeststellung mit Clearing dienen. Verantwortungsreife UMA's könnten dann in das Bed & Breakfast umziehen. UMA's mit einem höheren Bedarf müssten weiterhin in anderen Wohngruppen untergebracht werden. Aufgrund des bundesweiten Mangels an Betreuungsplätzen sei eine Unterbringung jedoch mit langen War-

tezeiten verbunden. Aus diesem Grund seien weiterhin zwei Betreuungsplätze in einem Nachbarlandkreis ausschließlich für die Unterbringung der UMA's dauerhaft gebucht. Gemeinsam mit den ambulanten Trägern werden aktuell alle Ressourcen für eine Betreuung der UMA's mobilisiert. Herr Zilling berichtet außerdem von den Erstuntersuchungen der UMA's im Rahmen von Inobhutnahmen nach § 42a SGB VIII. Diese seien zurzeit nur schwer realisierbar, da kaum Ärzte zur Verfügung stünden um diese durchzuführen.

Weiterhin planen im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit derzeit sechs Kommunen, darunter auch der Landkreis Peine, auf das Land Niedersachsen zuzugehen und eine Maßnahme nach § 13 SGB VIII mit entsprechender Betriebserlaubnis anzustoßen. Die Stadt Braunschweig habe eine solche Maßnahme bereits erfolgreich umgesetzt.

Zur aktuellen Situation im Allgemeinen Sozialen Dienst berichtet Herr Zilling von weiterhin bestehenden Stellenvakanzen, welche sich seit September 2023 nicht reduziert haben. Aufgrund ausstehender Bewerbungsverfahren könne es jedoch in naher Zukunft zu weiteren Stellenbesetzungen kommen.

Beim pädagogischen Personal, darunter Mitarbeitende aus dem Allgemeinen Sozialen Dienst, dem Fachteam § 35a Eingliederungshilfe, dem Pflegekinderdienst und der Jugendhilfe im Strafverfahren, habe kürzlich eine Fortbildung von Herrn Prof. Dr. Radewagen zum § 8a-Verfahren stattgefunden. Hierzu werde gemeinsam mit dem Fachdienst Personal geprüft, dass alle betroffenen Fachkräfte eine Vergütung nach TVöD SuE - S14 erhalten können.

Anschließend berichtet Herr Brandis als Vertreter der AG nach § 78 SGB VIII von der Situation der freien Träger der Jugendhilfe. Er schließt sich den Schilderungen von Herrn Zilling an, denn auch die freien Träger seien vom akutem Personalmangel betroffen. Hierdurch seien Einrichtungen vermehrt dazu gezwungen, ihre Kapazitäten im ambulanten und (teil-) stationären zu reduzieren oder die Eröffnung neuer Wohngruppen zu verschieben, weil die personellen Ressourcen nicht für die Erteilung einer Betriebserlaubnis ausreichen würden. Es müsse teilweise auf niederschwellige Angebote zurückgegriffen werden, weil die Ressourcen nicht für aufwendigere Vorhaben ausreichen. Die aktuelle Situation könne in diesem Ausmaß nur durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und der AG nach § 78 SGB VIII gestemmt werden.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

8 . Vorstellung des Kreiselternrats von Kitas, Tagespflegepersonen

Frau Weiß und Herr Coenen stellen sich als Vorsitzende und stellvertretender Vorsitzender des Kreiselternrats von KiTas und Kindertagespflegepersonen des Landkreises Peine vor. Der Kreiselternrat möchte zukünftig die vertrauensvolle Arbeit zwischen dem Landkreis Peine, den Gemeinden und den Eltern stärken und die bestehende Problematik des Fachkräftemangels und fehlender Betreuungsplätze thematisieren. Aus diesem Grund beantragt der Kreiselternrat den Beitritt in den Jugendhilfeausschuss als beratendes Mitglied.

9 . Informationen der Verwaltung

Informationen zum Fachtag 20.09.2024

Der diesjährige Workshop des Jugendhilfeausschusses soll in Kooperation mit den Fachdiensten Gesundheit und Soziales am 20.09.2024 stattfinden. Er soll an den letzten Fachtag zum „inkluisiven Teilhabe- und Entwicklungsplan“ anknüpfen. Die Einladungen bzw. ein „Save-the-Date“ werden zeitnah durch das Jugendamt verschickt.

Projekt „Jumorrow“

Das Projekt „Jumorrow“ wurde als individuelles Angebot dem Jugendhilfeausschuss bereits vorgestellt. Der Projektstart ist bereits geplant, drei Schulen verschiedener Schulformen sollen daran teilnehmen und wurden hierzu angefragt. Pro Schule sollen acht junge Menschen an dem Projekt teilnehmen. Sobald feststeht, ob die Schulen tatsächlich teilnehmen, können sie namentlich benannt werden.

10 . Anfragen und Anregungen

Es liegen keine Anfragen und Anregungen vor. Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr KTA Kirchmann schließt die Sitzung.

Maik Meyer
Ausschussvorsitz

Prof. Dr. Andrea Friedrich
Kreisrätin für Soziales

Isabell Sorge
Protokollführung